

APA

Coronavirus - Lehrer wollen Ausweichquartiere, Schüler Schichtbetrieb

Utl.: Kimberger: "Lage an Schulen spitzt sich zu" – Laut Bildungsministerium derzeit 199 von 55.000 Klassen in Quarantäne - Petition für einen Sitzplatz pro Kind in Schulbussen

Angesichts steigender Infektionszahlen wollen Lehrer- und Schülervertreter den Unterricht an den Schulen anders organisieren. "Die Lage an den Schulen spitzt sich zu", betont der oberste Lehrervertreter Paul Kimberger (FCG) im APA-Gespräch. Um Standorte mit einer beengten Raumsituation zu entlasten, sollen diese deshalb einen Teil des Unterrichts in Ausweichquartieren abhalten.

Bundesschulsprecherin Alexandra Bosek spricht sich für eine Umstellung auf Schichtbetrieb aus. Das schlechte Wetter habe die Lage an den Schulen verschärft, so Kimberger zur APA. Die Infektionszahlen in der Gesellschaft seien insgesamt gestiegen, es sei die Zeit der grippalen Infekte und Schüler und Lehrer würden ihre Tage in teils überfüllten Klassenräumen verbringen. Dort sei Lüften manchmal wegen der baulichen Voraussetzungen gar nicht möglich.

Die Folge: "Wir haben schon sehr viele Schüler und Lehrer in Quarantäne", sagt Kimberger. An manchen Standorten gebe es deshalb Probleme, den Unterricht aufrecht zu halten. Laut Zahlen des Bildungsministeriums ist die Zahl der von den Gesundheitsbehörden geschlossenen Klassen aber weiter überschaubar: Sie ist in den vergangenen zwei Wochen von 69 auf 199 (bei insgesamt 55.000 Klassen) gestiegen - eine Zahl, die Kimberger viel zu gering erscheint.

Der Grund für die Quarantäne sei freilich in den meisten Fällen langes Warten auf ein - ohnehin meist negatives - Testergebnis. Hier müssten die Gesundheitsbehörden noch schneller werden und endlich einheitlich vorgehen. Um das Infektionsgeschehen an den Schulen zu verringern, spricht Kimberger sich für die Nutzung von zusätzlichen Räumlichkeiten wie ohnehin leerstehenden Veranstaltungsräumen von Gemeinden oder von Vereinen aus. Das ist schon derzeit möglich, für die Anmietung wäre laut Bildungsministerium der Schulerhalter (und damit bei Pflichtschulen die Gemeinden) zuständig.

"Wenn sich die Situation weiter zuspitzt, sollte man zumindest einen Schichtbetrieb in Betracht ziehen, bevor wir wieder in die Situation eines generellen Lockdowns kommen", so Kimbergers Vorschlag für Bezirke mit besonders hohen Infektionszahlen.

Bei der Coronaampel des Bildungsministeriums ist die Möglichkeit von Distance Learning und Schichtbetrieb bei Ampelfarbe Orange nur für die Oberstufe vorgesehen. Die Regierung hat zuletzt immer wieder betont, dass die Schulen so lange wie möglich offenbleiben sollen.

Eine möglichst rasche Umstellung auf generellen Schichtbetrieb fordert unterdessen Bundesschulsprecherin Bosek von der ÖVP-nahen Schülerunion. Bei den Oberstufen seien hier keine Probleme zu erwarten. Für die Jüngeren müsse es dabei auch an jenen Tagen Betreuung geben, an denen sie eigentlich keinen Präsenzunterricht haben. "Die Maturaklassen haben wirklich Angst vor einem

zweiten Lockdown", betont sie. Auch im Unterricht selbst ortet sie Änderungsbedarf: Sie plädiert gegenüber der APA für eine Einschränkung des Sportunterrichts, wo die Schülergruppen durchmischt würden, niemand Masken trage und auch kein Abstand eingehalten werde.

Laut Coronaampel des Bildungsministeriums ist ab der Farbe Gelb (die derzeit an den meisten Schulen gilt) Unterricht in Turnhallen nur unter Auflagen (kleine Gruppen, Belüftung, keine Kontaktsportarten) erlaubt. Die Einhaltung der grundsätzlichen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen (Abstandhalten, Händewaschen) funktioniert laut Bosek bei den Oberstufenschülern ganz gut, in den Unterstufen allerdings nicht. Sie würde sich wünschen, dass die Schüler regelmäßig vom Klassenvorstand an die aktuell geltenden Regeln erinnert und dabei auch über die Infektionslage an der jeweiligen Schule informiert werden, um sowohl Nachlässigkeit als auch unbegründete Ängste der Schüler zu verhindern.

Probleme ortet Bosek beim Thema Lüften: "Es wird ziemlich viel gelüftet und dadurch nehmen die Erkältungen bei Schülern zu." Auch Kimberger räumt ein, dass es hier an manchen Schulen offenbar Probleme gebe. Er wünscht sich deshalb eine Klarstellung von Bildungsministerium und Bildungsdirektionen, wie laut Empfehlung von Virologen und Fachleuten am besten gelüftet werde.

Handlungsbedarf sieht er übrigens nicht nur in den Schulen selbst, sondern auch bei der Anfahrt: "Die Schulbusse sind total überfüllt, da kann keinesfalls der Abstand eingehalten werden", kritisiert er. Allerdings habe es hier im Vergleich zum Schulbeginn da und dort Verbesserungen gegeben, indem die Koordination verbessert und zusätzliche Transportmittel zur Verfügung gestellt wurden. Die Elternvereine Österreichs haben am Dienstag in diesem Zusammenhang eine Petition gestartet. Sie fordern, dass im Schulbus jedem Kind ein gesicherter Sitzplatz zur Verfügung stehen muss. Derzeit würden Kinder unter sechs gar nicht gezählt und bei Unter-14-Jährigen zählen drei Kinder als zwei Personen. Das führe dazu, dass in einem Bus mit 50 Sitz und 37 Stehplätzen derzeit bis zu 130 Kinder transportiert werden dürften.

Ein "Tohuwabohu" beim Umgang der Regierung mit den Schulen hat unterdessen FPÖ- Bildungssprecher Hermann Brückl am Dienstag in einer Aussendung ausgemacht. "Obwohl viele Schuldirektoren Konzepte vorlegen, die einen geregelten und vor allem sicheren Schulbetrieb ermöglichen würden, werden dennoch immer wieder Schulen geschlossen." Außerdem müssten Kinder "oft stundenlang bei geöffneten Fenstern dem Unterricht folgen". Er forderte Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) angesichts des geringen Infektionsgeschehens an den Schulen dazu auf, er solle "mehr Weitblick und Rationalität walten lassen".

APA0217 2020-10-20/12:47